

„Die Eiche“ Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Abonnementspreis pro Monat 30 Pf.
Bestellungen siehe man an den
Verlag: Gewerkschaft der Holzarbeiter
Deutschlands
Berlin N.O. 55, Oranienburger Straße 222

Alle Zuschriften für die „Eiche“ an H. Barnhoff, Ullm a. D., Poststr. 47, Telefon 1442
Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Poststücken sind zu adressieren
Gewerkschaft der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Oranienburger Straße 222
Einschlägige Bestellungen an M. Schumacher, Berlin N. O. 55, Oranienburgerstr. 222.
Postfachkonto 89 221 beim Postamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-spaltige Poststelle
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Der deutsche Industrieschubverband verlangt Abbau der Arbeitsgesetzgebung.

In der letzten Nummer der „Eiche“ haben wir bereits auf die Generalversammlung des deutschen Industrieschubverbandes vom 20. Juni 1925 hingewiesen, auf welcher Generaldirektor Grünner den Abbau der Arbeitsgesetzgebung verlangte. Diese Ausführungen zeigen, wohin die Reise geht, sie zeigen, daß die Arbeiter und Unangestellten ein machbares Auge haben müssen, um nicht eines Tages vor vollendete Tatsache gestellt zu werden.

Eingangs seines Vortrages weist Grünner auf das ständige Steigen der Preise für Lebensmittel und den notwendigen Verbrauchsartikeln hin und führt die Steigerung der Preise auf die Löhne zurück. Er greift auf die Inflationszeit zurück, indem er sagt: Wir haben mit Schrecken während der Inflationszeit den unaufhaltbaren Kreislauf der Löhne und Preise kennen gelernt.

Wenn man die Löhne dem Preisindex anpassen will, erreicht man den Zustand, den ich einmal damit verglichen habe, daß der Lohn in Gestalt eines Mannes, an dem eine Waageplatte, die ihn überragt (der Preisindex), befestigt ist, eine Leiter hinaufklettert. Was der Mann (der Lohn) noch so hoch steigen, die Latte (der Preisindex) wird ihn immer überragen.

Wenn wir dies Schauspiel jetzt an den unteren Sprossen neue Periode der Inflation wiederkehren könne.

sich erneuern sehen, so liegt die angstvolle Frage nahe, ob eine Um hiernach die Frage nach der etwaigen Wiederkehr einer Inflation beantworten zu können, müssen wir zunächst die Frage stellen: Worin lag die Ursache zu der Inflation (die übrigens nicht wie viele denken, erst mit der Ruhrbesetzung begann?).

Die Antwort wird sein: Weil zuviel Geld gedruckt wurde. Warum wurde zuviel Geld gedruckt?

Weil die Wirtschaft das Geld zur Zahlung der beständig steigenden Löhne brauchte.

Warum stiegen die Löhne beständig?

Weil die Preise beständig stiegen.

Warum stiegen die Preise beständig?

Weil die Nachfrage nach Waren das Angebot beständig überstieg.

Warum war das Angebot kleiner als die Nachfrage?

Weil die Produktion im Verhältnis zum Konsum verringert war.

Warum war die Produktion verringert?

Weil die Leistungen der Arbeiterschaft geringer waren.

Warum waren die Leistungen verringert?

Weil die neue Arbeitsgesetzgebung einerseits die Leistungen beschränkte und andererseits die Arbeitgeber die Löhne nicht mehr nach den Leistungen bezahlten.

Warum bezahlten die Arbeitgeber nicht mehr nach Leistungen?

Weil sie durch die neue Arbeitsgesetzgebung die Lohnfestsetzung durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifen durch Schlichter usw. in die Hände unbeteiligter Personen legte, an einer gerechten, auf Leistung beruhenden Entlohnung verhindert waren.

Die Wirkung der Arbeitsgesetzgebung war also der letzte Grund.

Aus diesem Fragen- und Antwortspiel geht hervor, daß Grünner in der heutigen Arbeitsgesetzgebung das größte Übel für unsere industrielle Entwicklung erblickt, vor allem haben es für die staatlichen Schlichtungsstellen angehen. Er sagt: Wenn aber die staatliche Gewalt in der Lohnfestsetzung, wie es infolge der neuen Arbeitsgesetzgebung geschieht, hineingezogen kann der Betrieb darüber zu Grunde gehen.

Die Arbeitsgesetzgebung stellt eine Art Zwangswirtschaft — also eine ungesunde Einwirkung auf das Wirtschaftsleben — dar, die zu Gunsten des Lohnes, also der Arbeiter, funktionieren soll. Sie führt dabei aber in trantastischer Weise den natürlichen

Verlauf der Funktionen, die der Arbeitgeber im Wirtschaftsleben zu erfüllen hat, indem sie ihn hindert, den Lohn den Verhältnissen seines individuellen Betriebes anzupassen, die einzelnen Löhne nach den Leistungen der einzelnen Arbeiter zu bemessen und indem sie ihm die Auswahl unter den Arbeitskräften, wie er sie für seinen Betrieb brauchen kann, erschwert.

Grünner stellt dann Vergleiche über den Geldumlauf an und bezeichnet auch hier die Arbeitsgesetzgebung als das größte Hindernis. Er wirft zum Schluß die Frage auf, woher kann nun die Rettung kommen und beantwortet dieselbe, indem er ausführlich: Einzig und allein von der menschlichen Vernunft. Hierzu erklärt er: Es handelt sich darum, daß Angestellte und Arbeiter befreien. Wo die Ursache zu der schlechten Lebenshaltung liegt, die jetzt vorhanden ist und die unter den bestehenden und kommenden Verhältnissen sich noch weiter verschlechtern muß. Die Gewerkschaften, als die Vertreter der Arbeiterschaft, müssen verstehen, daß sich die fürchterliche Lage, in die das deutsche Volk und damit auch die deutsche Arbeiterschaft geraten muß, niemals dadurch ändern läßt, daß man die Löhne in die Höhe zu schrauben sucht: denn das Geld spielt hier letzten Endes keine Rolle.

Die Arbeiterschaft und Gewerkschaften mühten endlich zu befreien suchen, daß für die Arbeitgeber die gegenwärtige Zeit eine schwere Zeit der Sorgen und Mühen ist, und namentlich mühten sie einsehen können, daß es — wie es doch ganz selbstverständlich ist — dem Arbeitgeber aus hundert Gründen hundertmal lieber sein muß, wenn er mit einer zufriedenen und deshalb leistungsfähigeren Arbeiterschaft, die ihr gutes Auskommen hat, arbeiten kann, als wenn er mit traurigem Herzen sieht, wie schwer die Lage der Arbeiterschaft ist und wenn er ihr nicht helfen kann. Sie würden dann, anstatt mit aller Macht gegen die Arbeitgeber loszustürmen, aus deren Taschen nichts herausfallen kann, auch wenn man sie auf den Kopf stellt, mit den Arbeitgebern über die gemeinsamen Interessen beraten und dem Auslande gegenüber zusammenstehen, wie es 1914 geschah, als auf Einladung des Deutschen Industrieschubverbandes die Vertreter von 21 deutschen Gewerkschaften in seinem Sitzungssaale mit ihm zusammentraten, um Burgfrieden zu schließen und über die Mittel und Wege zur Aufrechterhaltung des deutschen Wirtschaftslebens während des Krieges zu beraten.

Auch die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften mühten bei ihrer Verantwortung für die deutsche Wirtschaft den Mut aufbringen, der Arbeiterschaft einmal die Wahrheit zu erklären und ihr zu sagen, daß die Arbeitsgesetzgebung der Nachkriegszeit für die Arbeiterschaft von Schaden ist, wie der sorgende Vater dem verhätschelten Kinde das Ruderzeug wegnimmt, an dem es sich den Magen verdirbt. Der Vater darf sich vor dem Geschrei und Geheul, das dann anhebt, eben nicht fürchten, weil er mit Erfüllung seiner Pflicht dem unverständigen Kinde ja nur Gutes erteilt.

Unter der neuen Arbeitsgesetzgebung wird das aber kaum zu erhoffen sein, weil diese den Gewerkschaften eine einseitige so gehobene Machtstellung gegenüber der Arbeitgeberschaft einräumt, daß sie sich vollständig auf die Macht allein verlassen.

Unsere Forderung muß deshalb lauten: Befreiung des Wirtschaftslebens von der Zwangswirtschaft, die die neue Arbeitsgesetzgebung darstellt.

Neben Zwangswirtschaft sucht ihr Ziel auf die bequemste Weise zu erreichen. Die durch sie geschützten Volksgenossen tun selbst nichts durch Arbeiten und Denken zur Verbesserung ihrer Lage, sondern nehmen die Vorteile wahr, die sie sich durch die Zwangswirtschaft auf leichte Weise verschaffen können. Mit dem Fortfall der Zwangswirtschaft regen sich wieder tausend Kräfte, die brach gelegt waren. So würden denn auch Arbeiter und Gewerkschaften wieder mit Sinnen und Trachten, das deutsche Wirtschaftsleben vor dem Unheil zu retten, in das sie selbst, ohne daß sie die Ursachen erkennen, mit hineingezogen werden.

Wenn sie die Ursachen erkennen würden oder wollten, so mühten sie, daß die neuere Arbeitsgesetzgebung für sie ein Daner- geschenk ist, ein Geschenk, das ihnen zum Verderben gereicht, und sie würden mit uns fordern: Befreiung von der neuen Arbeitsgesetzgebung.

Folgende, dem Geiste dieser Kreise entsprechende Entschliebung fand nach dem Bericht einstimmige Annahme:

„Die Lage der deutschen Industrie in ihrer Gesamtheit ist beklagenswert. Die Ursachen liegen nicht lediglich in den Kriegsfolgen und in den schwierigen außenpolitischen Verhältnissen. Neben dem Raubbau der Steuererlese trägt vor allem die Arbeitslosigkeit die Nachkriegszeit mit Schuld an dem Niedergange, der sich beim Weiterbestehen dieser Gesetze noch verschlimmern und zu unhaltbaren Zuständen führen wird. Die Zukunft der deutschen Industrie liegt in dem Problem beschlossen, daß es gelingt, den größten wirtschaftlichen Erfolge mit dem geringsten Verlust an Zeit und Arbeit, also mit dem geringsten Verlaufe herauszuholen. Dieses Problem fordert auch, daß die wertlose Geschäftigkeit, wie sie aus den Kriegs- und Nachkriegszeiten auf arbeitsrechtlichem Gebiete erwächst, rücksichtslos aus dem Wirtschaftsleben entfernt werde.

Die Generalversammlung des über 10 000 Industriebetriebe umfassenden Deutschen Industrieschutzverbandes fordert deswegen die Aufhebung der Tarifvertragsordnung vom 23. Dezember 1918, soweit diese die Möglichkeit von Zwangsarbeitsverträgen, insbesondere der Bestimmungen über die Schlichtungswesen, Erklärung von Schiedssprüchen, Verbündlichkeit, Verfügungsfreiheit des Arbeitgebers zum Nachteil der Interessen des Betriebes einschränkenden Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes (§§ 84 bis 98), ebenso der Stillelegungsverordnung die überhaupt keinerlei praktischen Wert hat, die Arbeitgeber aber mit unnötigen Formalitäten und Zeitverlusten belastet und endlich der verschiedenen Arbeitszeitverordnungen die die Wirtschaftlichkeit der Betriebe in ungünstiger Weise beeinflussen.“

An dem Vortrage des Generaldirektors Grünner, sowie in der Entschliebung liegt ein System, das auf einer klug berechneten Grundlage aufgebaut ist. Man wittert Morgenluft. Man hat seitens der Industrie bei den Reichstagswahlen, bei der Präsidentschaftswahl nicht umsonst die großen Summen ausgeworfen, man will jetzt ernten, was man gesät hat. Nachdem die durch die Gelder der Industrie gewählten Kreise an die Regierung gelangt sind, glaubt man ohne große Schwierigkeiten die Beseitigung der Arbeitsgesetzgebung herbeiführen zu können. Das Betriebsratsgesetz, das Schlichtungswesen, das Verbandsrecht, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften empfinden diese Kreise besonders schmerzhaft, der „Herr im Hause-Standpunkt“ kann sich nicht mehr in der früheren Art und Weise entfalten. Der Abschluß von Tarifverträgen erzeugt in diesen Kreisen ein gelindes Grauen. Wie können sich auch die Gewerkschaften erlauben, mitzubestimmen, welcher Lohn gezahlt werden muß? Glende Heuchelei und dreiste Verschleierung ihres Machtstandpunktes ist es, wenn man in der Arbeitsgesetzgebung eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft erblickt. Was soll es heißen, wenn in dem Vortrage auf die Zusammenkunft der Arbeitgeber mit den Gewerkschaften im Jahre 1914 hingewiesen wird. Herr Grünner ist es vollkommen nicht unbekannt, daß gerade seitens der Arbeitgeber in der Industrie die Arbeitsgemeinschaft zerfallen worden ist. Wiederholt haben wir zum Ausdruck gebracht, daß wir nach wie vor strikte Anhänger der Arbeitsgemeinschaft, allerdings auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung, sind.

Geradezu naiv mutet es einem an, wenn man die Entlohnung als den größten Hemmschuh der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Die Arbeiterchaft hat nur an auskömmlichen Löhnen das größte Interesse als erstrebenswertes Ziel haben wir von jeher die Verbilligung der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel bezeichnet. Wie sieht es jedoch damit aus? Diese Preise, welche dauernd über die hohen Löhne jammern, sind jetzt am Werke. Den breiten Massen des Volkes die Lebenshaltung zu verteuern. Ist es nicht geradezu Wahnsinn, in einer Zeit, wo durch einwandfreie Statistik in weiten Kreisen die Unterernährung festgestellt ist, die Lebenshaltung um 150 Mark pro Kopf durch Rölle, von denen nur ein kleiner Preis von Interessenten Vorteil hat, zu verteuern. Damit nicht genug, man sagt sich, es ist ein Kleinemachen, zur Lebenshaltung gehören auch die Mieten. Nicht genug, daß man die Friedensmieten festsetzen will, hat man ein verflämeliertes System ausgeklügelt, nach welchem man von den Mietern neben der Friedensmiete 20-30 Prozent der Friedensmiete als besondere Steuer erheben will. Welche Gefährdung erhob man, als verlangt wurde, daß von Einkommen monatlich 100 Mark steuerfrei sein sollen, nach diesem Keilschlag wurde die Summe auf 80 Mark festgesetzt. Die Reichsregierung behauptete damals, das wäre ein Ausfall von monatlich 40 Millionen bedeuend, und den Ertrag der Lohnsteuer auf unter 100 Millionen Mark im Monat senken. In Wirklichkeit hat der Ertrag der Lohnsteuer im Monat Juni 122 Millionen, im abgelaufenen Quartal 366 Millionen betragen, also wesentlich über den Voranschlag. Das sind die Folgen dieser Politik: die Arbeiterchaft müssen, ob mit oder gegen ihren Willen einen Ausgleich in der Lebenshaltung herbeiführen, wenn die Unterernährung nicht noch weiter um sich greifen soll. Bei der Einstellung der Arbeitgeber muß das zu dauernden Kämpfen führen, für welche die Regierung und die Interessentenkreise die Verantwortung tragen. Die organisierten

Arbeiter werden sich zu helfen wissen. Heraus aus der Knechtschaft, es überall heiken. Wahrt eure heiligsten Rechte, wehrt euch gegen den Röllwücher.

Antwort auf die Denkschrift der Arbeitgeber.

In Nummer 27 und 28 der „Eiche“ haben wir die Denkschrift der Arbeitgeber an die Regierung in ihren wesentlichsten Teilen veröffentlicht. Die Spitzenverbände der Gewerkschaften haben sich nun auch eingehend mit dieser Denkschrift befaßt und die Gegenantwort in einer Broschüre zusammengestellt. Einiges heißt es in derselben:

Die Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände über Arbeitsvertragspolitik, Wirtschaftskrisis und Währungsregulierung die Auffassung der Millionen deutscher Arbeitnehmer, also der weit überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, zu den Fragen der Arbeitsbedingungen und der Wirtschaftsführung darzulegen.

Die gegen die Gewerkschaften gerichteten Schlussfolgerungen der Denkschrift der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände stützen sich auf die Behauptung, daß die deutsche Wirtschaft durch die Entlohnung der Arbeitsbedingungen — Löhne, Arbeitszeit und Sozialbelastung — und die erhöhte Belastung durch die Reparationsverpflichtung — erhöhte Abgaben und Steuern, Frachtsätze usw. — dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht gewachsen sei. Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände fordert von den Arbeitnehmern Verzicht auf weitere Lohnhöhungen und Einwilligung in eine Verlängerung der Arbeitszeit, insbesondere auf unabsehbare Zeit hinaus Verzicht auf den Achtstundentag. Nur durch diese Maßnahmen soll die Senkung der Produktionskosten und damit durch sinkende Warenpreise die Exportfähigkeit deutscher Produkte zu ermöglichen sein. Die Gewerkschaften sollen unter Verzicht auf weitere Lohnbewegungen die derzeitigen oder gar noch zu reduzierenden Arbeitsbedingungen durch langfristige Arbeitsverträge festlegen. Von der Reichsregierung verlangt die Vereinigung der Arbeitgeberverbände, daß sie diese Forderungen unterstützt, indem sie jede weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter Angestellten und Beamten in öffentlichen Diensten ablehnt, und durch Beeinflussung der amtlichen Schlichter — durch Zuziehen entsprechender Schiedsprüche und Verweigerung der Verbindlichkeit bei Schiedsprüchen die Verbesserungen vorsehen — an der Tiefhaltung der Arbeitsbedingungen in der Privatwirtschaft mitwirkt.

Die deutschen Gewerkschaften sind sich der gegenüber dem deutschen Volk auf ihnen und ihrer Lohn- und Arbeitszeitpolitik ruhenden Verantwortung durchaus bewußt. Wenn sie die tarifvertragliche und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages und die Sicherung einer Lohnhöhe, die den Arbeitnehmern eine angemessene Lebenshaltung gewährt, fordern und durchzusetzen gewillt sind, so steht dieses Ziel durchaus im Einklang mit den Lebensnotwendigkeiten der deutschen Volkswirtschaft als Ganzem.

Die Arbeitgeberdenkschrift klagt die Gewerkschaften zu Unrecht an, daß sie sich unverändert von internationaler Einstellung abhängig machten. Trotz der von den Gewerkschaften durchaus gemüßigten besonderen Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft ist die deutsche Arbeiterchaft ebenso zur Berücksichtigung der internationalen Arbeitsbedingungen genötigt, wie dieses auch bei der Unternehmerschaft hinsichtlich der internationalen Produktions- und Machtverhältnisse der Fall ist. Die Tiefhaltung oder gar weitere Senkung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterchaft durch Lohnbrud und lange Arbeitszeit zieht automatisch die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer in den Wettbewerbsländern nach sich. So versuchen die Arbeitgeber in England, Frankreich, Belgien, Polen und anderen Ländern mit dem Hinweis auf Deutschland die Arbeitsbedingungen in ihren Ländern zu verschlechtern. Dies beweisen besonders deutlich die augenblicklichen Debatten in England aus Anlaß der außerordentlichen Arbeitslosigkeit. Verwiesen wird dort auf die niedrigeren deutschen Löhne und die längere Arbeitszeit, die in Verbindung mit den in Deutschland angeblich geringeren Steuern und Abgaben die englische Wirtschaft bedrohen. Empfohlen wird als Schutz gegen den deutschen Wettbewerb die Verschlechterung der englischen Arbeitsbedingungen oder Zwangsabschluß gegen das Eindringen deutscher Waren. Das gleiche wiederholt sich in den anderen Staaten und findet seine Grenze nur an der Widerstandskraft der Arbeitnehmer.

Die Erfüllung der deutschen Arbeitgeberforderungen würde der deutschen Volkswirtschaft nichts nützen, weil dies naturgemäß eine gleiche Reaktion in den Wettbewerbsländern durchziehen und einen etwaigen deutschen Vorprung sehr schnell ausgleichen würde — dann aber mit der Volkswirtschaftlich verhängnisvollen Wirkung, daß der ohnehin infolge der mangelnden Kaufkraft der Volksmassen stagnierende Weltmarkt noch weiter geschwächt wäre, weil steigende Abgabepolitik und Arbeitslosigkeit unabweislich wären. Statt des durch niedere Löhne und lange Arbeitszeit für die deutsche Volkswirtschaft im Kampf um die Steigerung der Wirtschaftlichkeit bewirkten Erfolges würde auch für Deutschland durch die sinkende Kaufkraft und fortschreitende

Berendung der Arbeitnehmerschaft aller Länder eine weitere Beschränkung des Warenverkehrs. Wenn das Bestreben, diesem Unheil vorzubeugen, die Konsumkraft der Völker aller Länder zu heben und damit die Grundlagen für einen befruchtenden internationalen Güteraustausch zu schaffen, als internationale Einstellung gekennzeichnet wird, so nehmen die Gewerkschaften diesen Tadel hin in dem Bewußtsein, daß sie durch die von ihnen vertretenen Grundzüge gerade der deutschen Wirtschaft dienen.

Die Belastung der deutschen Produktion durch Löhne, Dauer der Arbeitszeit und Sozialversicherung kann nur im Vergleich mit der Entwicklung dieser Faktoren in den übrigen Ländern geprüft werden. Ein Vergleich darf nicht einseitig von der Vorkriegszeit in Deutschland ausgehen. Ebenso kann eine objektive Prüfung der Belastung der deutschen Wirtschaft durch infolge der Kriegsverluste und Reparationsverpflichtungen erhöhte Steuern und Abgaben nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß auch die Wirtschaft der Wettbewerbsländer höhere Belastung gegenüber der Vorkriegszeit in den verschiedensten Formen auf sich nehmen mußte. Wenn auch zugegeben werden kann, daß insbesondere die Belastung der deutschen Wirtschaft erheblich ist, so wenden sich die Gewerkschaften doch gegen die übertriebenen und unbeweisbaren Behauptungen in der Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

In der Frage der Arbeitszeit werden mit größter Unbefangenheit Behauptungen aufgestellt, deren Unrichtigkeit durch wissenschaftliche Untersuchungen und praktische Erfahrungen in zahlreichen Fällen erwiesen ist.

„Von der längeren Arbeitszeit ist der derzeitige Lebensstandard des deutschen Volkes an Lohn, Preis und Kaufkraft gemessen wesentlich abhängig.“ Darum müsse längere Arbeitszeit verlangt und langfristig sichergestellt werden, wo Steigerung von Produktion und Absatz dadurch ermöglicht würde.

Ob und in welchem Umfange das der Fall ist, wird nicht näher ausgeführt. Man hält es nicht für nötig, auf die grundsätzlichen Probleme des Achtstundentages, den man als „Kulturideal“ von der unentbehrlichen Wirtschaftsgrundlage gestützt, als Entwicklungsziel nicht ablehnt“ einzugehen, auf die große Zahl statistischer Erhebungen, aus denen ersichtlich wird, daß zum mindesten gerade nicht durch die Verkürzung der Arbeitszeit ein etwaiger Produktions- und Leistungsrückgang vermindert wird.

Abgesehen von den bekannten Urteilen zahlreicher Wissenschaftler und Gewerbeaufsichtsbeamten, von den vergleichenden Feststellungen aus Betrieben, die bereits seit Jahrzehnten den Achtstundentag eingeführt haben, sind den Gewerkschaften gerade in letzter Zeit wieder aus fast allen Branchen Statistiken und Berichte zugegangen, die günstige Ergebnisse der verkürzten Arbeitszeit insbesondere eine Steigerung der Leistung beim Dreischichtensystem in kontinuierlichen Betrieben, aufweisen. Daß die allgemeinen kulturellen und gesundheitlichen Folgen einer Verkürzung der Arbeitszeit sich erfahrungsgemäß letztendlich stets durch Steigerung der Arbeitsintensität, -fähigkeit und -freudigkeit zugunsten der Produktion auswirken, wird mit keinem Worte gestreift. Wesentlich erkennbar wird vielmehr in den ganzen Ausführungen der Wunsch, die heute schon stark gelockerte gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit völlig zu beseitigen und so eine weitere Waffe im Kampf gegen die unheimlichen sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeiterschaft zu erhalten.

Wie man dabei rechnet, zeigt insbesondere die Erklärung, daß auch heute noch (na chdem Abbau aller diesbezüglichen Demobilisierungsvorschriften) die dem Stande der Wirtschaft eigentlich entsprechende Arbeitslosigkeit „nicht zuletzt durch die kürzere Arbeitszeit künstlich verdeckt werde.“ Von der Verlängerung der Arbeitszeit erwartet man also eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit mit der man natürlich auf die in den Betrieben stehenden einen um so stärkeren Druck auszuüben hofft.

Das Lohnproblem wird in ähnlicher Weise behandelt. Zunächst wird das Lohnniveau vom Januar 1924 verglichen mit dem von April 1925, das 50-70 Prozent über dem ersten und 20-25 Prozent über dem vom Juli 1924 liegen soll.

Abgesehen davon, daß diese Prozentzahlen in erheblichem Umfange nicht zutreffen, beweist der Hinweis auf den niedrigen Stand vom Januar 1924 nur, daß die Vermehrung der Arbeiterschaft durch die Inflations- und Ruhrkampfkrise sich bei eintretender Stabilisierung in vollem Umfange offenbarte, daß nach der durch die Inflation verursachten Periode der Verschlechterung der tatsächlichen Lohnkraft es einer längeren Zeit und größerer Anstrengungen der Arbeiterschaft bedurfte, um das Lohnniveau dem Existenzminimum und den Lebensreallohn wiederanzunähern.

Nach den vergleichenden Statistiken der Gewerkschaften über die Entwicklung der Tariflöhne in 25 deutschen Städten und 42 Berufen betrug der Tariflohn für den männlichen Vollarbeiter im Jahre 1913-14 im Durchschnitt 57 Pf. Reichsmark. Eine Zusammenstellung der Tariflöhne für die gleichen Orte und Berufe zeigt für Ende Dezember 1923 einen Durchschnitt von 52,6 Pf. Obwohl die Lebenshaltungskosten im Dezember 1923 nach dem amtlichen Index etwa 25 Prozent über lagen als 1913-14, war der Nominallohn von 57 Pf. auf 52,6 Pf. gesunken. Ende März

1924 war der Durchschnittslohn auf 52,4 Pf. gesunken, allerdings bei etwas sinkenden Lebenshaltungskosten. Mit dem Steigen dieser Kosten steigt der Durchschnittslohn Ende Juni 1924 auf 62,6 Pf., Ende September auf 61,7 Pf., Ende Dezember auf 71,5 Pf. und Ende März 1925 auf 76 Pf. Die amtliche Indexzahl stand im März 1925 auf 136,8. Dabei ist besonders zu beachten, daß in der Vorkriegszeit die Tariflöhne sehr viel mehr als heute eine untere Lohngrenze darstellten, während in der Nachkriegszeit der tarifvertraglich vereinbarte Lohn in der Regel zum Normallohn wurde, der die absolute Höhe des tatsächlichen Lohnes erheblich hinter der tatsächlichen Verteuerung der Lebenshaltung ansetzt, und daß der amtliche Index aus einer Reihe von Gründen zurückbleibt. Erfahrungsgemäß vollzieht sich seit Herbst 1924 die Lohnentwicklung in der Richtung einer stärkeren Differenzierung der Löhne der gelernten und der ungelerten Arbeiter, nachdem besonders in den ersten Nachkriegsjahren eine starke Annäherung dieser Löhne erfolgt war. Besonders die Löhne der ungelerten Arbeiter, also der Mehrzahl der Beschäftigten, bleiben in der neueren Zeit im Verhältnis zur Vorkriegszeit beträchtlich hinter den Löhnen der gelernten Arbeiter zurück. Ein Streiklicht auf den niedrigen Stand der Löhne wirkt eine Eingabe des Verbandes deutscher Landesversicherungsanstalten an den Reichsarbeitsminister vom 10. Juni d. J., in der es heißt, daß von allen bei ihnen im Jahre 1924 geleisteten Beiträgen über 30 Prozent in der niedrigsten Stufe entrichtet wurden. Ferner bleiben die Gehälter der Angestellten hinter dem Realeinkommen der Vorkriegszeit ganz erheblich zurück.

Wenn die Denkschrift der Arbeitgeber die Personalausgaben im Gesamtetat der deutschen Industrie auf 150 Prozent der Vorkriegszeit beziffert, so ist diese Angabe höchst unklar. Die Zahl der in der deutschen Wirtschaft beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist seit 1913-14 um einige Millionen gestiegen. Bezieht man sich auf diese der auf 150 Prozent gestiegene Gesamtetat, so beweist dies, daß der Reallohn des einzelnen Arbeitnehmers ganz außerordentlich gefallen ist. Ist jedoch der einzelne Arbeiter gemeint, so wäre dies eine starke Übertreibung, da nachweislich die Tariflöhne nominal bis April 1925 nur um 44 Prozent stiegen. Tatsächlich bleibt jedoch selbst die Steigerung der Nominallöhne beträchtlich unter 44 Prozent, weil, wie oben bemerkt, heute der Tariflohn den Normallohn bildet. Der Reallohn erfährt daher auch keine Steigerung, sondern blieb erheblich hinter dem Reallohn der Vorkriegszeit zurück. Aber selbst wenn eine Steigerung des Lohnes auf 150 Prozent erfolgt wäre, bedeutete dieselbe keine gegen die Vorkriegszeit erhöhte Belastung der deutschen Industrie, da die allgemeine Weltmarktverteuerung, die auch in den Warenpreisen zum Ausdruck kommt, erheblich höher ist.

Unverständlich ist, daß die Kosten der einzelnen Arbeitskraft nach der Denkschrift 60-100 Prozent über dem Vorkriegsstand liegen sollen. Nicht angegeben ist, ob es sich um die nominale oder reale Höhe der Belastung handelt. In der realen Belastung ist keine Steigerung eingetreten. Der Lohn ist auch heute noch wie bewiesen, unter seinem früheren Realwert. Die soziale Belastung ist gleichfalls in der realen Höhe nicht gestiegen.

Es sei auf die zahlreichen Erörterungen amtlicher Erhebungen im „Reichsarbeitsblatt“ verwiesen, wonach die soziale Belastung der Wirtschaft unter Berücksichtigung der Goldwertung nicht höher als die vor dem Kriege zu veranschlagen ist, und ferner auf die ausführlichen und gewissenhaften Feststellungen der Gewerkschaften, nach denen eine prozentuale Belastung von höchstens 10 Prozent anzunehmen ist.

Daß die ausländischen Reallohn höher sind als die deutschen, will die Denkschrift nur bezüglich der Berechneten Staaten anerkennen. Ebenso geht sie auch an der Tatsache vorbei, daß selbst dort, wo im Ausland das Lohnniveau nicht über dem deutschen liegt eine stärkere Steigerung der Löhne gegenüber dem Friedensrealstand stattgefunden hat. Dies geht hervor aus der Statistik von Professor Dr. Paul Hermsberg über die durchschnittlichen Stundenlöhne Ende 1924 in Prozenten der Löhne von 1914.

Danach waren Ende 1924 die Nominallöhne gestiegen:

In Deutschland auf	122 Prozent
In Italien auf	150 Prozent
In Frankreich auf	152 Prozent
In England auf	200 Prozent
In der Schweiz auf	200 Prozent
In Schweden auf	249 Prozent
In Holland auf	295 Prozent
In den Verein. Staaten auf	232 Prozent

Es geht auch nicht an, bei der Beurteilung der Lebenshaltung der deutschen Arbeitnehmerschaft mit dem Wohnungselend zu kalkulieren, indem man erklärt, daß der Lebensstandard einer Familie so vielfach nicht ausschließlich von dem Einkommen eines einzelnen Familienmitgliedes abhängig sei, da heute in weit größerem Umfange wie in der Vorkriegszeit gerade in Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilien mehrere Familienmitglieder bei gemeinsamen Haushalt Arbeitseinkommen zu beziehen hätten. Die Wirkung der Wohnungsnot und der geringen Einkommen wachsende Erschwerung einer selbständigen Haushaltsgründung kann nach Ansicht der Gewerkschaften nicht bereits als ein Dauerfaktor in die Lohnpolitik eingerechnet werden.

Aus allen diesen Gesichtspunkten heraus kann von einer ungesunden und wirtschaftlich nicht gerechtfertigten Lohnpolitik der Gewerkschaften nicht gesprochen werden. Weder Löhne noch Sozialbelastung übersteigen im Vergleich zum Ausland die relative Höhe der Vorkriegszeit. Nicht mit den Tatsachen vereinbar ist die weitere Behauptung der Arbeitgeber, daß Produktion und Güterumsatz nur 70 Prozent des Vorkriegsstandes betragen. Da weder die Zahl der Beschäftigten, noch die Arbeitsintensität vermindert wurde. Aus der Tatsache, daß eine ständige weitere Verminderung der Zahl der Erwerblosen stattfindet, läßt sich immerhin auf die steigende Produktivität und den steigenden Beschäftigungsgrad der deutschen Wirtschaft schließen. Die relativ niedrige Zahl der Erwerblosen beruht nicht darauf, daß der Industrie die unproduktive Beschäftigung von Arbeitskräften aufgezwungen wird. Die Industrie kann heute ihre Betriebsführung ohne einschneidende Ueberkennung mit Arbeitskräften unterworfen, sondern kann von sich aus jeden unproduktiven Verlauf ausscheiden. Wenn trotzdem die Zahl der Erwerblosen stark anwächst, so nur deshalb, weil genügende und produktive Arbeitsmöglichkeit vorlag.

Aus allen diesen Darlegungen geht klar hervor, daß weder die Produktivität auf 70 Prozent der Vorkriegszeit gesunken ist noch daß die Kosten der einzelnen Arbeitskraft um 60-100 Prozent gestiegen sind. Demgegenüber kann der Kernsatz in der Argumentation der Arbeitgeberdenkschrift nicht mehr aufrechterhalten werden, und auch die aus ihm abgeleiteten Schlussfolgerungen brechen in sich zusammen.

(Schluß folgt.)

Die Unfallversicherung vor dem Reichstage.

Unser Kollege, Paul Riegler-Siegen, hat gelegentlich der Beratung über die Unfallversicherung im Plenum des Reichstages gesprochen. Die Wichtigkeit seiner Ausführungen, namentlich so weit die wirtschaftlichen Verhältnisse in Frage kommen, veranlassen uns, diese Rede auszugsweise wiederzugeben:

Zunächst bin ich der Meinung daß wir nach der Verabschiedung des Gesetzesentwurfs, unabhängig von der Entscheidung über die Abänderungsanträge, einen guten Schritt vorwärts gekommen sein werden. Wir haben nicht alle Wünsche der Erfüllung zuführen können. Auch meine Wünsche und Forderungen gehen über das hinaus, was uns der Ausschussbeschluss bringt. Wir müssen aber zugestehen, daß der vorliegende Entwurf gegenüber dem bisherigen Zustand, und, wie ich glaube, auch gegenüber dem Vorkriegsstand nach mehr als einer Richtung wertvolle Verbesserungen bringt.

Bei der Gelegenheit müssen wir uns doch auch fragen: Sit das was wir wollen, was uns auf dem Gebiet der Sozialversicherung im allgemeinen und der Unfallversicherung im besonderen als unser Ziel vorzeichnet, in diesem Augenblick erreichbar und tragbar? Wir können unsere Ueberzeugung nach Sozialpolitik nicht treiben, ohne auf die Wirtschaft, die doch letzten Endes die Lasten tragen muß, die gebührende Rücksicht zu nehmen. Rücksicht auf die Tragfähigkeit unserer Wirtschaft ist unseres Erachtens auch bei der Verabschiedung dieses Gesetzesentwurfs notwendig. Wirtschaft und Sozialpolitik sind gar nicht voneinander zu trennen. Das ist die Auffassung und die Grundanschauung, die wir in der Reihen der Deutschen Demokratischen Partei von jeher gepflegt haben. Wir werden sie auch für die Zukunft aufrechterhalten. Ich darf wohl darauf hinweisen, was mein Freund Hummel noch vorgertern in Köln auf der Industrietagung gesagt hat, als er sich mit der Frage der Sozialpolitik und deren Zusammenhang mit der Wirtschaft beschäftigt hat. Die Sozialpolitik ist kein Ding an sich, sondern ein Ding an der Wirtschaft, und der Untergang der modernen Wirtschaft bedeutet auch den Untergang der Sozialpolitik. Wir treiben Wirtschaft nicht um der Wirtschaft willen, sondern um der Menschen willen, die unser Volk bilden. Wir müssen aber auch von der Wirtschaft verlangen, daß sie ihre Organisation so einstellt und umbaut, daß sie nicht unproduktiv ist. Daß die heutige Organisation der deutschen Wirtschaft nicht gerade an einem Uebermaß von Produktivität leidet, ist in den letzten Wochen und Tagen zur Genüge klar gestellt worden. Ich darf an das Beispiel erinnern, das ein Kollege, der aus Süddeutschland kommt, im Ausschuss gegeben hat, an das Uhrenbeispiel in Schramberg. Der Kollege hat in Schramberg festgestellt, daß er die Taschenuhr, die er trug, für 18 Mark in der Fabrik haben konnte, und daß man für die gleiche Taschenuhr in Stuttgart im Laden 40-45 bezahlen mußte.

Da entsteht doch die Frage, wer in unproduktiver Weise den Preis dieses einen Gegenstandes so in die Höhe treibt. Wenn gefragt wird, worin diese unproduktiven Einrichtungen liegen, dann darf ich an Ausführungen erinnern, die vor wenigen Tagen - vorgertern oder gar erst gestern - wiederum in Köln auf dem Industriellentag gemacht worden sind. Ich darf an das erinnern, was der Präsident der deutschen Reichsbank in Köln über diese Dinge gesagt hat. Wenn ein solcher Sachverständiger

ber auch von der Wirtschaft als sachverständig anerkannt wird, solche Ausführungen macht, sollten sie wohl von der Wirtschaft sorgsam beachtet werden. Schacht hat ausdrücklich gesagt:

Insbesondere ist der ganze Verteilungsapparat unserer Wirtschaft noch immer in unerhörter Weise aufgebläht. In Berlin z. B. ist die Zahl der im Handelsregister eingetragenen Firmen von 31 000 1913 auf 61 000 im Jahre 1921 gestiegen. Die Vermehrung der Aktiengesellschaften wird auf reichlich das Vierfache der Vorkriegszeit geschätzt. Das Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte läßt auf eine Erhöhung derartiger Stellen um 60 bis 70 Prozent über den Friedensstand schließen. Die Zahl der Banken und Bankfirmen geht immer noch weit über das Doppelte der Friedensziffer hinaus.

Aus diesen Feststellungen zieht Schacht den Schluß:

Das sind alles Momente, die auf eine geradezu erschreckende Unproduktivität unseres Wirtschaftsapparates hindeuten.

Ich glaube, wir sollten uns diese Ausführungen eines der hervorragendsten Kenner der deutschen Wirtschaft merken. Ich bedaure aber, daß der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums der uns im Ausschuss große Neben über die Unproduktivität der deutschen Wirtschaft gehalten hat, heute nicht auf tener Bank sitzt und zu den Dingen Stellung nimmt, die von den Führern der Wirtschaft draußen im öffentlichen Leben dargestellt werden. Ich glaube, er würde gut tun, sich um diese Dinge etwas mehr zu kümmern als er es anscheinend bisher getan hat. Aber auch die Wirtschaft selbst muß sich darum kümmern und, wenn sie die Produktivität haben will, für die Stärkung und Sicherung der produktiven Kräfte sorgen, wenn sie dem Ziel, das sie sich steckt hat, Erhaltung von Staat und Volk, näher kommen will.

(Schluß folgt.)

Berlin. Am Sonntag, den 23. August 1925, veranstaltet der Gewerkschaftsring Bezirk Charlottenburg ein

großes Sommerfest

im Klubhaus „Westend“, Spandauer Chaussee, Ecke Rastanten-Villee. — Konzert, Gesangsvorträge, Kinderbelustigungen mit Fackelzug, Turnerische Vorführungen der Jugend, Tombola und im Saale Tanz. — Eintrittskarten zu 50 Pfg. bei den Ortsvereinskassierern. Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Sterbetafel

für diejenigen Mitglieder, welche in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1925 verstorben sind.

Stammrollen Nr. der Verstorbenen	Name der Verstorbenen	Name des Vereins	Gezahltes Sterbegeld		
			Grabschiff	Stammk.	Grabschiffe
24987	Friedrich Peters	Duisburg	88	—	—
4448 b	Minna Mater	Stettin	—	—	100
25261	Wilhelm Haase	Stolz	18	—	—
625 b	Louise Müller	Zeig	—	—	100
3298	Gottfried Blau	Leipzig	36	6	—
3524	Wilhelm Besch	Magdeburg	—	—	100
4105	Ida Burkhart	Rudolfsadt	—	—	50
4015	Louise Wellin	Döbeln	—	—	50
429	Albert Krüger	Berlin VII	24	5	—
9031	Josef Schney	Lampheim	48	25	—
21283	Josef Held	—	22	20	—
25716	Georg Jergner	Reinickowen	29	—	—
10718	Maria Maak	Zeig	—	—	100
27365	Fritz Otto	Berlin VII	48	—	—
27119	Wilhelm Schomacker	Wismar	86	—	—

Rth. | 287 | 55 | 500

Ehre ihrem Andenken!

M. Schomacker.